

Schweizerische Vereinigung
für Freiheit, Demokratie
und Menschenwürde
3000 Bern 11



THOMAS FUCHS, GROSSRAT
SEKRETÄR PRO LIBERTATE

E-Mail: fuchs@prolibertate.ch

Mehr Schein als sein

Auf dem Ausflugsdampfer «Princesse Marie-Astrid», benannt nach der ältesten Schwester des Grossherzogs Henri, wurde am 14.6.1985 das Schengener Abkommen unterzeichnet. Denselben Namen trägt ein 60 m langes Luxussschiff, imposant glänzend wie ein 5-Sterne-Hotel: Marmorböden, Spiegeldecken, exklusive Leuchten, italienischen Fliesen, Edelstahlküche. Das bundesrätliche Wundermittel Schengen verspricht allen mehr Sicherheit. Die Nebenwirkung EU-Beitritt wird verschwiegen.

Schengen, der letzte luxemburgische Ort am Dreiländereck, soll die Schweiz massgeblich beeinflussen. Zum Jahreswechsel und zur Schengen-Abstimmung wünsche ich Ihnen und unserem Land schon heute viel Glück, verbunden mit der Hoffnung, dass alle Stimmenden die Nebenwirkungen auch gewichten werden und sich nicht blenden lassen.



Eidgenössisches
Feldschiessen
2004

Bild: keystone

Schengen und die Schützen

DAVID GLATZ, LANGENTHAL,
EHRENPRÄSIDENT DES SCHWEIZERISCHEN
SCHÜTZENVEREINS

Man kann es drehen und wenden, wie man will – Schengen bedeutet die Übernahme von fremdem Recht. Bereits sind viele Gesetze der EU angepasst worden oder müssen mit der Annahme der bilateralen Verträge noch angepasst werden.

Zum Beispiel das Waffengesetz

Die letzte Revision des Waffengesetzes haben wir Schützen unterstützt, da wir jeden Missbrauch von Waffen bekämpfen. Was aber mit Schengen auf uns zukommt, ist ein weiterer Schritt zur Entwaffnung des Volkes.

Zwischen der EU und der Schweiz bestehen in Bezug auf die Gestaltung eines Waffengesetzes total gegensätzliche Vorstellungen. Wir gehen davon aus, dass jeder volljährige unbescholtene Bürger eine

Waffe besitzen darf. Das europäische Recht hingegen schreibt vor, dass grundsätzlich niemand eine Waffe besitzen soll. Wer trotzdem eine erwerben möchte, wird auf einen dornenvollen und kostspieligen Gesuchsweg verwiesen. Um in den Besitz eines Waffenscheins zu gelangen, muss man einen wichtigen Bedürfnisnachweis erbringen, der von jeder Amtsstelle neu hinter-

In dieser Ausgabe

- 2 Schengen/Dublin: Diesem Abkommen kann ich nach wie vor nicht zustimmen!
- 3 Gedanken der Präsidentin
- 4 Referendum gegen die Ost-Personenfreizügigkeit
- 4 Zusammenfassung



fragt werden kann. Fällt der Bedürfnisnachweis dahin, wird die Waffe wieder eingezogen.

Mit einer solchen Gesetzgebung kann man Schützen, Jäger und Waffensammler so lange unter Druck setzen, bis diese Gattungen ausgestorben sind. Der Breitensport und die Nachwuchsförderung werden davon besonders hart getroffen. Die Entwaffnung des Volkes wird mit Nachdruck umgesetzt, was letztendlich auch das Ziel der Vereinbarungen sein dürfte. Wer hat Angst vor uns?

Heute bewahrt jeder Armeegehörige seine Waffe zu Hause auf. Diese Regelung hat bei uns Tradition

und basiert auf dem Militärgesetz. Mit Schengen hingegen hat sie wenig zu tun. Trotzdem wird darüber diskutiert, ob ein solches Verhalten noch sinnvoll sei. Will ein Wehrmann nach der Ausmusterung seine Waffe behalten, muss er neuerdings schon heute eine «Gewissensprüfung» ablegen und einen unbescholtenen Leumund nachweisen. Während seiner Dienstzeit hat sich niemand um solche Dinge gekümmert. Der nächste Schritt, das Waffendepot im Zeughaus, wird nicht lange auf sich warten lassen. Schengen lässt grüssen!

Es ist nicht so, dass wir ein wenig Schengen haben können und dane-

ben unser eigenes Süppchen kochen. Die Gesetzgebung wird künftig von der Verwaltung in Brüssel gemacht, und wir haben sie zu übernehmen. Es ist eine Illusion zu glauben, dass wir nach dem Beitritt zu Schengen mit Referenden oder Initiativen noch das Geringste verändern könnten. Das oberste Gericht hat schon entschieden, dass europäisches Recht nationales Recht bricht. Man mag es drehen und wenden, wie man will, Schengen bedeutet einen wesentlichen Verlust an Souveränität.

Wir brauchen ein machtvolles Referendum!

Schengen/Dublin:

Diesem Abkommen kann ich nach wie vor nicht zustimmen!

STÄNDERAT CARLO SCHMID, CVP, AI

(Auszug aus dem Ratsprotokoll vom 30.11.2004)

(...) Der Hauptpunkt, der Punkt, bei dem ich am meisten Bedenken habe, ist Schengen/Dublin. Schengen und Dublin werden als gemeinsames Paket verkauft; trotzdem sollten wir es meines Erachtens auseinander halten. Schengen wird damit begründet, es sei jenes Abkommen, das uns einen Sicherheitszugewinn verschaffe. Ich muss Ihnen einfach die Frage stellen: Fühlen Sie sich in der Schweiz subjektiv unsicher? Fühlen Sie sich in der Schweiz unsicherer als im Ausland, als in der EU? Das ist eine sehr einfache Frage, und Sie können sie auch etwas lächerlich machen und als naiv hinstellen. Aber letzten Endes ist Sicherheit weitgehend eine Frage des subjektiven Empfindens. Ich halte dafür, dass die Sicherheit in der Schweiz subjektiv als mindestens so gut empfunden wird wie im Ausland.

Was man will, das ist eine Vernetzung mit Europa – als ob wir die nicht schon hätten! Wir haben mit allen Nachbarländern materielle Polizeiabkommen. Sie haben einen beschränkten Inhalt und sind insbesondere institutionell nicht weiter entwicklungsfähig, sondern müssen immer wieder punktuell weiterentwickelt werden; aber es sind materielle Abkommen. Ich wage einmal die Aussage: Wir sind damit gar nicht schlecht gefahren. Dass es natürlich Polizisten gibt, die immer noch mehr

wissen möchten, ist auch klar. Wenn man sich Polizeiarbeit so wie in einem Brokerraum einer grossen Bank vorstellt, wo es nur so von Monitoren wimmelt, und wenn man glaubt, man könne das kriminelle Verhalten mit Charts nachvollziehen, so muss ich sagen: Das sind Spielereien. Ich glaube nicht daran, dass man mit digitalen Veranstaltungen die Sicherheit merklich in der Art und Weise verbessern kann, wie sich das die Leute vorstellen. Das sind moderne Spielzeuge von Leuten, die von frühmorgens bis spätabends in diesem Tätigkeitsbereich arbeiten. Ich habe Verständnis dafür; aber wenn man das will, muss man auch bereit sein, den Preis dafür zu bezahlen, und der Preis ist hoch.

Ich glaube also erstens nicht daran, dass wir in der ganzen Geschichte tatsächlich einen massiven Sicherheitszugewinn erreichen.

(...) Ein Vorteil betrifft angeblich Dublin und die ganze Asylproblematik. Dazu will ich einfach einen Satz sagen: Dublin und die Asylproblematik nehmen in ihrer Bedeutung in jenem Ausmass und Umfang ab, in dem wir bereit sind, unsere Hausaufgaben in der Schweiz selbst zu machen. Wenn wir sehen, dass mit den verschärften Massnahmen in den letzten zwei, drei Monaten die Asylgesuchszahlen um bis zu 40, 50 Prozent zurückgegangen sind, sollten wir meines Erachtens davon Abstand nehmen, Schengen/Dublin als das Allheilmittel anzupreisen. Wir geben nämlich für Schengen sehr viel auf und können genau die gleichen Ef-

fekte erzielen, ohne Souveränitätsverluste in Kauf zu nehmen.

Souveränitätsverluste werden wir mit Schengen eben haben. Wir haben zwar ein Opting-out, wir können aussteigen, aber im Ernst: Trauen Sie dem Bundesrat oder sich selber zu, dass man dieses Opting-out benutzt? Ich nicht! Denn wer in die EU will, wird keinen Schritt zurück in diese Richtung tun. Von daher glaube ich nicht, dass der Bundesrat jemals in Versuchung kommen wird, die Opting-out-Klausel ernsthaft auch nur in Betracht zu ziehen. Wenn wir einmal die Personenkontrollen abgeschafft haben, wird es auch schwierig sein, diese Geschichte wieder rückgängig zu machen. Ich meine, dass faktisch dieser Schritt in Richtung Europa getan ist, wenn wir bei Schengen sind, und dann wird es ein kleiner Schritt sein, auch noch die Zollunion herbeizuführen. Sie sagen zwar, man habe die Zollgrenze immer noch, aber man dürfe keine Personenkontrolle an der Grenze veranstalten. Wie will man dann ohne Personenkontrolle eine Warenkontrolle durchführen? Irgendwo so eine Art chinesische Mauer im eigenen Kopf ziehen? Das ist noch schwierig. Der Druck wird kommen, dass man auch die Zollunion einführt. Ich habe nichts dagegen, aber wir sind hier etwas in einer Salami-taktik drin.

Dass wir einen Souveränitätsverlust erleiden, davon war auch der Bundesrat mindestens bis 1999 selber überzeugt. Ich darf es Ihnen zitieren. Wir haben den Integrationsbericht

1999 erhalten, und dort hat der Bundesrat noch gesagt, es gebe «institutionelle Grenzen» des Bilateralismus. Bilaterale Abkommen könnten auf gewissen Gebieten, und dazu gehöre Schengen, nur zustande kommen, wenn die Schweiz Souveränität an die EU übertrage und die höchstrichterliche Gewalt des EU-Gerichtshofes und legislative und politische Mehrheitsbeschlüsse des Ministerrates anerkenne. Ein Schweizer Verhandlungsangebot könne für diese wichtige Frage nur im Rahmen der Gesamtheit der Beziehungen der Schweiz zur EU gesehen werden. Da kommt einfach die Frage: Was hat den Bundesrat dazu bewogen, von dieser klaren Vorstellung, die er 1999 hatte, abzuweichen?

Ich muss Ihnen sagen, ich fühle mich an die Diskussion von 1992 erinnert. Noch 1989 hatte der Bundesrat jegliche Annäherung institutioneller Art an die EU ausgeschlossen, und dann ist er 1992 mit dem EU-Beitrittsge-such gekommen. Wir machen einfach derartige Richtungswechsel, dass ein vernünftiger Mensch nicht mehr drauskommt. Ich sehe hier keine äusseren Umstände, die uns dazu bewegen könnten, zu sagen, es gebe neue Gründe, die eine neue Lagebeurteilung beim Bundesrat hervorgerufen hätten.

In Artikel 51 des Schengener Durchführungsübereinkommens haben wir ebenfalls einen Souveränitätsverlust, weil gestützt darauf eines Tages der Europäische Gerichtshof ganz klar sagen wird, was die Schweiz unter diesem Abkommen zu verstehen hat. Der Bundesrat sagt zwar, dass dieser Artikel 51 für die Schweiz keine Gefahr darstelle und unerheblich sei, auch wenn die Auslegung, die er selber diesem Artikel gibt, und die Auslegung, die Europa diesem Artikel gibt, unterschiedlich sein könnten. Ich habe allerdings schon in der Kommission die Frage gestellt: Wo schlägt sich die Auslegung des Bundesrates nieder, für Steuerdelikte könne die Rechtshilfe nach Schweizer Art ausgestaltet werden, weil in der Schweiz Verwaltungsgerichte zuständig seien? In welchem Abkommen, in welchem Memorandum – kurz: wo ist die Sonderlösung der Schweiz? Wo ist das rechtsverbindlich festgehalten? (...) Tut die Schweiz das nicht, wird irgendeinmal das Verfahren nach Artikel 10 des Abkommens greifen, das heisst, die EU wird verlangen, dass die Schweiz auch bei Steuerhinterziehung Rechtshilfe mit Zwangsmassnahmen, Durchsuchung und Beschlagnahmung leistet.

Weil der Bundesrat dann natürlich nicht die Karte des Opting-out ziehen wird – er wird nicht auf Schengen verzichten wollen, er wird der EU nachgeben –, werden wir die Situation haben, dass der Europäische Gerichtshof sagt, was die Schweiz dann unter diesem Artikel zu verstehen hat; wir werden uns der Jurisdiktion des Europäischen Gerichtshofes zu unterziehen haben.

All diese Dinge kann man wollen oder nicht wollen. Ich halte sie für souveränitätsverletzend; ich halte sie für eine Proskynese* vor der EU, ich halte sie für den Anfang des EU-Beitritts. Ich habe darauf verzichtet, einen Nichteintretensantrag zu stellen, aber diesem Abkommen kann ich nach wie vor nicht zustimmen.

*Proskynese:.. demütige Kniebeugung, Fussfall vor einem Herrscher

Artikel 51 des Schengener Durchführungsübereinkommens

Die Vertragsparteien unterwerfen die Erledigung von Rechtshilfeersuchen um Durchsuchung und Beschlagnahme keinen weitergehenden Bedingungen als denen, dass

- a) die dem Rechtshilfeersuchen zugrunde liegende Tat nach dem Recht beider Vertragsparteien mit einer Freiheitsstrafe oder die Freiheit beschränkenden Massregel der Sicherung und Besserung im Höchstmass von mindestens sechs Monaten bedroht ist, oder nach dem Recht einer der beiden Vertragsparteien mit einer Sanktion des gleichen Höchstmasses bedroht ist und nach dem Recht der anderen Vertragspartei als Zuwiderhandlung gegen Ordnungsvorschriften durch Behörden geahndet wird, gegen deren Entscheidung ein auch in Strafsachen zuständiges Gericht angerufen werden kann.

Gedanken der Präsidentin



AMI BOSSARD

E-Mail: amibossard@prolibertate.ch

Jetzt muss das Volk entscheiden

«Die Wissenschaftler bemühen sich, das Unmögliche möglich zu machen. Die Politiker bemühen sich oft, das Mögliche unmöglich zu machen.» Bertrand Russel

Die Dezembersession hat Russels Aussage leider bestätigt. Nachdem der Bundesrat schon nicht den Mut hatte, das Dossier Schengen/Dublin einem obligatorischen Referendum zu unterstellen, hätte das Parlament hier korrigierend eingreifen können. Doch die Korrektur blieb weg. Man

muss sich schon fragen, ob überhaupt eine seriöse Auseinandersetzung stattgefunden hat. 600 Seiten Begleittext zu den bilateralen Verträgen erhielten die Herren und Damen Parlamentarier und Parlamentarierinnen kurz vor der Session zur Lektüre. Der Vertragstext des Schengener-Aquis mit den 2000 Seiten wurde wahrscheinlich von den wenigsten bearbeitet. Mit Redebeschränkung dämmte man kritische Voten ein und im Eilzugtempo boxte man die Verträge durch, die dann mit grosser Mehrheit angenommen wurden.

Ein Vertragswerk, das unsere Souveränität einschränkt, uns fremdes Recht und fremde Richter beschert, wird von der Mehrheit unserer Volksvertreter widerstandslos akzeptiert. Direkte Demokratie wird ihnen langsam lästig. Ziel ist der EU-Beitritt und jeder Vertrag, der uns diesem Ziel näher bringt, wird angenommen, auch wenn es mit Schengen/Dublin «Kröten zu schlucken gilt», wie sich die Grünen ausdrücken.

Jetzt liegt es an uns, die Souveränität zu erhalten und die Demokratie zum Nutzen aller durchzusetzen. Unterschreiben Sie das Referendum, damit wir alle über diese wichtige Frage entscheiden können.



Referendum gegen die Ost-Personen- freizügigkeit



4 Dass aus Versprechungen in der Politik meist Versprecher werden, sind wir uns schon seit längerer Zeit gewohnt. Vor dem Abschluss der Bilateralen I im Jahre 2000 versprach der Bundesrat uns Bürgern, dass bei einer EU-Erweiterung mit jedem neuen Mitglied separate Verträge ausgehandelt werden können. Diese Aussage war schon Ende 2002 Makulatur, denn die EU forderte die vereinbarte Personenfreizügigkeit auch für die Osteuropäischen EU-Kandidaten (Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Lettland, Litauen, Estland, Zypern, Malta), denn diese dürften gegenüber den andern EU-Ländern nicht benachteiligt sein. Auch verlangte die EU Beitragszahlungen für die Ost-Erweiterung. Der Bundesrat erfüllte diese Forderung und sprach der EU

im Rahmen der Verhandlungen über die die Bilateralen II 1 Milliarde zu. Personenfreizügigkeit mit der «alten EU» ist seit Juni 2004 in Kraft. Dies bedeutet, dass Schweizer auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr bevorzugt behandelt werden können. In Zürich treten seither monatlich 2000 EU-Arbeitskräfte eine Stelle an (Sonntagszeitung, 26.9.04). In Genf steigt die Zahl der Grenzgänger um 3000 auf 43500 Personen. Gleichzeitig nimmt die Genfer Arbeitslosigkeit monatlich um 200 Personen zu (RSR-Les infos, 8.10.04). Gewerkschaften und Linke fordern im Zusammenhang mit dieser Personenfreizügigkeit flankierende Mass-

nahmen, denn auch sie befürchten negative Auswirkungen auf die Arbeitssituation durch Lohndumping. Diesen flankierenden Massnahmen hat das Parlament in der Dezember-session zugestimmt. Gegen Lohndumping werden nun bürokratische Hürden, Kontrollen und Mindestlohnvorschriften eingeführt, die jedoch auch wieder wettbewerbshindernd für unser Gewerbe sind. Es bleibt uns nun die letzte Möglichkeit, diese Folgen und Konsequenzen nochmals zu überdenken. Mit einer Unterschrift geben wir Bürger uns die Chance mitzuentcheiden.

●●●● 2 klare Worte und Positionen

Zusammenfassung dieser PRO-LIBERTATE-Mitteilungen

1. Schützen aufgepasst, lasst euch nicht entwaffnen!
2. Schengen bedeutet Souveränitätsverlust, das Volk muss darüber abstimmen.

und ●●●● 3 dringende Hinweise

1. Unterstützen Sie unsere Kampfkasse gegen den Schengen/EU-Beitritt
2. Wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie die Referenden sofort unterschreiben und an die Komitees zurücksenden.
3. Hauptversammlung am 5. März 2005 im Restaurant Bären Ostermundigen (BE), Gastreferent, Divisionär Martin von Orelli, reservieren Sie sich das Datum! Einladung folgt.

PRO  LIBERTATE – mit Sicherheit mehr bürgerliche Schweiz.

Impressum

Redaktion: A. Bossard, M. Gerber
Geschäftsstelle: Schweizerische Vereinigung
PRO LIBERTATE, Postfach, 3000 Bern 11
Tel. 031 332 57 84 • Fax 031 332 57 85
Internet: www.prolibertate.ch
E-Mail: info@prolibertate.ch

Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt.
Erscheint 6x jährlich. Leserzuschriften müssen
nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.
Spenden: PC-30-26847-0

Vorstand

Ami Bossard (Präsidentin), 3800 Matten b. I. (SVP)
Max Gerber (Vizepräsident), 3000 Bern 16 (parteilos)
Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen (FDP)
Thomas Fuchs (Sekretär), 3018 Bern-Bümpliz (SVP)
Alfred M. Zumbrunn, 3645 Gwatt (FDP)

Redaktionsschluss dieser Nummer: 4.1.2005

Schon
vorbeigesurft?

www.prolibertate.ch